



Medienmitteilung

Zürich, 11. Dezember 2020

Vorschau auf die Kantonsratssitzungen vom Montag, 14.12., und Dienstag, 15.12.2020 Fokusthema: **Finanzen**

Abschluss der Budget-Debatte

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen die Budget-Debatte mit den Leistungsgruppen der Finanzdirektion (4000) fortsetzen. ([5644](#)). Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat im Budget einen Aufwandüberschuss von 523,5 Millionen Franken und Nettoinvestitionen von 1'328,1 Millionen Franken in der Investitionsrechnung. Mit den Änderungen der FIKO würde sich der Saldo der Erfolgsrechnung gegenüber dem Antrag des Regierungsrates um 17,6 Millionen Franken verbessern. Die Mehrheit der FIKO empfiehlt das Budget 2021 zur Annahme. Eine SVP-Minderheit beantragt dem Kantonsrat, das Budget abzulehnen. Dieser Minderheitsantrag wird am Schluss der Debatte am Dienstagabend behandelt. Anschliessend folgt die «Elefantenrunde», in der die Fraktionspräsidien ihr Schlusswort halten, bevor der Rat in der Schlussabstimmung definitiv über das Budget beschliesst.

Die Budget-Schlussabstimmung wird der letzte Entscheid sein, den der Kantonsrat in der Halle 7 der Messe Zürich fällen wird. Aus organisatorischen Gründen zieht der Rat Anfang Januar in die Halle 9.1 der Messe Zürich. Durch diesen Umzug kann der Kantonsrat seine Kosten senken und erhält mehr Planungssicherheit. Der neue Standort steht dem Kantonsrat vorerst für ein Jahr zur Verfügung.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Minderheit: Jürg Sulser (SVP, Otelfingen), 079 416 17 00

Schlussabstimmungen zur «Natur-Initiative», zu Steuern und Staatsangestellten

Als Einschub in der Budget-Debatte wird der Kantonsrat am Montag zu Beginn der Nachmittagssitzung drei Geschäfte voraussichtlich abschliessend beraten: die «Natur-Initiative», die Besteuerung von Vorsorge-Kapitalleistungs-Bezügen und Änderungen des Personalgesetzes. In der zweiten Lesung geht es gewöhnlich nur noch um formale Anpassungen der Redaktionskommission (REDKO), sodass – wenn keine materiellen Änderungen an den Vorlagen mehr vorgenommen werden – die Schlussabstimmungen durchgeführt werden können.

Mit dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Rettet die Zürcher Natur» wird gefordert, dass der Kanton künftig zwischen 40 und 60 Millionen Franken jährlich in den Fonds für Natur- und Heimatschutz einzahlen soll ([5582](#)). Aktuell liegt der Mindestbeitrag bei 30 Millionen Franken. Die Initiative sieht eine Mindesteinlage von 55 Millionen Franken jährlich vor. Die Initianten haben angekündigt, die Initiative zurückzuziehen, wenn der Gegenvorschlag in Kraft treten

kann. Die SVP hat den Gegenvorschlag zwar abgelehnt, würde laut eigenen Angaben aber auf ein Referendum verzichten.

In der abgeänderten parlamentarischen Initiative von FDP und SVP geht es darum, dass Kapitalbezüge aus der beruflichen Vorsorge tiefer besteuert werden sollen ([KR-Nr. 377/2016](#)). Kapitalbezüge aus der 2. und 3. Säule werden künftig mit einem Satz besteuert, der nur noch einem Einkommen von 5 Prozent der bezogenen Kapitalleistung entspricht, anstatt wie heute 10 Prozent.

Und mit der Zustimmung zur geänderten parlamentarischen Initiative der GLP würde der in den Augen einer Parlamentsmehrheit übertriebene Kündigungsschutz für Kantonsangestellte etwas gelockert ([KR-Nr. 298/2017](#)).

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Verpflichtungskredit für das Covid-19-Härtefallprogramm

Zu längeren Diskussionen dürfte es bei der ebenfalls für Montagnachmittag vorgesehenen Beratung über den Verpflichtungskredit für das Covid-19-Härtefallprogramm des Kantons Zürich kommen ([5663](#)). Die Finanzkommission (FIKO) hat erst gestern ihre Beratungen abgeschlossen. Über den Inhalt wird heute im Verlauf des Nachmittags schriftlich informiert.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Roman Schmid, Kantonsratspräsident, 079 581 88 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12